



## **Antrag**

der Fraktionen von FDP, SPD und SSW

### **Keine neuen Belastungen für die Studierenden in Schleswig-Holstein – Einführung von Verwaltungsgebühren stoppen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die geplante Einführung von neuen Verwaltungsgebühren für die Studierenden an den Hochschulen des Landes zu stoppen.

Begründung:

Im Zuge der Beratungen für den Haushalt 2025 hatte die Landesregierung die Einführung von neuen Verwaltungsgebühren für die Studierenden an den Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein angekündigt, die ab dem Jahr 2026 als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung erhoben werden sollen. Dies würde in nennenswerter Form mit den Studierenden eine gesellschaftliche Gruppe belasten, die in den letzten Jahren in besonderem Maße steigende Lebenshaltungskosten und vor allem steigende Wohnkosten zu bewältigen hatte. Der Zugang zu einem bezahlbaren Studium ist jedoch ein wichtiger Baustein eines chancengerechten Bildungssystems.

Christopher Vogt  
und Fraktion

Birgit Herdejürgen  
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering  
und Fraktion